

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Werkausschuss Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR)	08.05.2019	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Beleuchtung erhöht die Sicherheit
Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 11.02.2019**

Anlagen:

Antrag CSU Stadtratsfraktion
Antrag Die Grünen/SPD
Stellungnahme Antrag CSU
Schreiben des Polizeipräsidiums Mittelfranken vom 04.04.2019
Stellungnahme Antrag Die Grünen/SPD

Sachverhalt (kurz):

Die Straßen- und Wegebeleuchtung im öffentlichen Verkehrsraum erfolgt auf Grundlage verbindlicher Normen und Richtlinien; insbesondere der DIN EN 13 201. Neben der Verkehrssicherheit sind Umweltgesichtspunkte und wirtschaftliche Aspekte zu beachten.

Eine Erhöhung des Beleuchtungsniveaus der Straßen- und Wegebeleuchtung über das in den Richtlinien vorgegebene Niveau hinaus verbessert aus Polizei- und SÖR-Sicht allein das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen. Eine als unzureichend empfundene Ausleuchtung und damit empfundene subjektive Unsicherheit deckt sich nicht mit den erfassten Straftaten in Nürnberg. Die Strafdelikte in Nürnberg sind seit dem Jahr 2016 kontinuierlich rückläufig; die empfundene subjektive Unsicherheit ist nicht deckungsgleich mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung.

Sollte an der einen oder anderen Stelle im Stadtgebiet aus Bürgersicht eine „zu dunkle Beleuchtung empfunden“ werden, so werden sich – wie in der Vergangenheit auch – die Mitarbeiter / innen der Straßenbeleuchtung des SÖR die Örtlichkeit genauer ansehen, im Bedarfsfall die lichttechnischen Messungen durchführen und – sofern erforderlich – die notwendigen Anpassungen an der Beleuchtung vornehmen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☒ Nein
☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die entsprechenden Normen- und Richtliniengrundlagen, die zur Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer gelten, werden eingehalten.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☐
☐
☐

